

Das sagen Bündnis 90 / Die Grünen:

TTIP: So nicht! - Verhandlungen stoppen und Mandat vom Kopf auf die Füße stellen

Immer mehr Bürgerinnen und Bürger stehen dem geplanten Transatlantischen Freihandelsabkommen (TTIP) kritisch gegenüber. Wir Grüne rufen dazu auf, die Europawahl am 25. Mai zu einer Volksabstimmung über TTIP zu machen!

Die Entscheidung, ob die EU-Kommission TTIP weiter mit Geheimverhandlungen durchsetzen kann oder ob es gelingt, TTIP zu stoppen und ein neues transparentes Verhandlungsmandat zu erzwingen, ist eine der wichtigsten Fragen der nächsten Jahre!

Wir Grüne fordern: Die Verhandlungen müssen gestoppt werden.

Vor einem Neustart müssten die Gespräche auf eine völlig neue Grundlage gestellt werden: transparent, mit Einbeziehung der Zivilgesellschaft und mit dem Ziel fairen Handels unter Wahrung höchster Umwelt-, Verbraucher- und Sozialstandards.

Die Europäerinnen und Europäer sind stolz auf Ihre Umwelt- und Verbraucherrechte. Sie gehören zu den großen Errungenschaften der Europäischen Union. Die Bürgerinnen und Bürger haben hart für ihre Rechte als VerbraucherInnen und ArbeitnehmerInnen und hohe ökologische und soziale Standards gekämpft.

Wir können und werden jetzt nicht zulassen, dass diese Erfolge durch TTIP untergraben werden. Ein Handelsabkommen, das unsere ökologischen und sozialen Standards untergräbt, ist auf Sand gebaut.

Wir haben keine Einwände gegen eine Vertiefung der Partnerschaft zwischen der EU und den USA. Aber wir formulieren klare Bedingungen dafür:

Es muss um fairen Handel gehen, um Impulse für die ökologische Modernisierung der Wirtschaft und um Regeln, die dem Wohl aller Menschen in einer globalisierten Welt dienen.

Um es deutlich zu sagen:

Wir sind nicht gegen den Abbau von Handelshemmnissen oder die Vereinheitlichung von Normen. Einheitliche Vorgaben für Crashtests von Kraftfahrzeugen oder Handy-Ladegeräte sind sinnvoll.

Der Kompass dafür muss aber klar sein:

Umweltschutz, soziale und Verbraucherschutzstandards sowie Demokratie sind keine Handelshemmnisse – sie sind die Grundlage für nachhaltigen Wohlstand und gemeinschaftliches Auskommen.

Aus der Sicht Baden-Württembergs gilt:

Die EU muss endlich ihre politische Kraft und Stimme einsetzen, um Regeln im internationalen Handel zu schaffen, mit denen die Interessen aller Regionen berücksichtigt werden.

Bisher haben wir mit Blick auf die fehlende Transparenz, die Ausgestaltung des Handlungsmandats der Europäischen Kommission und den Aufbau einer Schattenjustiz für Investoren keine Hoffnung mehr, dass die TTIP-Verhandlungen zu einem guten Ergebnis führen werden.

Durch die Setzung hoher Standards könnten wir Unternehmen Planungs- und Investitionssicherheit bieten und Anreize für die ökologische und soziale Modernisierung der Wirtschaft schaffen.

Dadurch könnten sich aktiver Klimaschutz, Teilhabe und nachhaltiger Wohlstand verbinden.

Wir fordern:

- dieses TTIP zu stoppen und das Verhandlungsmandat vom Kopf auf die Füße zu stellen,
- die Europäischen Umwelt- und Sozialstandards zu schützen,
- keine Investor-Staat-Klagen zuzulassen,
- sicher zu stellen, dass die Europäische Union höhere Standards beschließen kann, ohne europäische Unternehmen zu benachteiligen,
- neue Verhandlungen über fairen Handel nur auf der Basis von Transparenz, Beteiligung und gesicherten Standards zu beginnen.

Uli Sckerl, 19.05.2014